

- (3) Die CDU konnte von ihrer Regierungsbeteiligung nicht profitieren und verlor auf zentralen Politikfeldern ihren bisherigen Kompetenzvorsprung. Ein eher blasser Spitzenkandidat sowie ein inhaltlich verfehlter Wahlkampf ließen sie auf 25,6 Prozent abrutschen. Nach zwölf Jahren im Senat muss sich die Bremer CDU nunmehr mit der Oppositionsrolle begnügen.
- (4) Die Grünen erzielten 16,4 Prozent und damit ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen überhaupt. Insbesondere unter den jüngeren Wählern kamen sie auf überdurchschnittliche Anteile. Mit der Regierungsbeteiligung im neuen rot-grünen Senat haben die Bremer Grünen ihr Wahlkampfziel erreicht.
- (5) Die Linkspartei schaffte mit 8,4 Prozent auf Anhieb den Sprung in die Bürgerschaft und ist damit zum ersten Mal in einem westdeutschen Landesparlament vertreten.
- (6) Die FDP bekam 5,9 Prozent und konnte erstmals seit 1995 wieder in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft einziehen. Deutlich erfolgreicher als in Bremen war sie in Bremerhaven mit 8,7 Prozent.
- (7) Die parlamentarische Vertretung von Frauen ist erstmals seit 1991 wieder rückläufig. Nach zuletzt 41 Prozent beträgt der Frauenanteil in der Bremischen Bürgerschaft nur noch 38,5 Prozent. Im Senat hat er sich hingegen verdreifacht.
- (8) Mit dem Schwenk zu den Grünen beendete die SPD die langjährige Große Koalition, auch wenn es in der Bevölkerung keine ausgeprägte Wechselstimmung gab.
- (9) Insgesamt bestätigt der Wahlausgang, dass Große Koalitionen die kleinen Parteien stärken. Mit dem Einzug von Linkspartei und FDP jeweils in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft hat sich das bisherige stabile Bremer Dreiparteiensystem zu einem Fünfparteiensystem erweitert.

Die niedersächsische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Popularität, Wahlstrategie und Oppositionsschwäche sichern Ministerpräsident *Christian Wulff* die schwarz-gelbe Mehrheit

Ralf Tils und *Thomas Saretzki*

1. Die Ausgangslage

Die Niedersachsen sind interessante Wähler. Einerseits beschenken sie ihren Landesregierungen regelmäßig längere Amtsperioden, so dass sich in der niedersächsischen Geschichte ausgedehnte Zeiträume der Dominanz entweder der Konservativen oder der Sozialdemokraten beobachten lassen. So stellte die SPD von 1947 bis zu Anfang der siebziger Jahre mit den Ministerpräsidenten *Hinrich Wilhelm Kopf*, *Georg Diederichs* und *Alfred Kubel* fast¹ durch-

1 Diese sozialdemokratische Dominanz wurde nur 1955 bis 1957 durch eine konservative Landesregierung mit *Heinrich Hellwege* von der Deutschen Partei (DP) an der Spitze unterbrochen, vgl. dazu *Helmut Beyer / Klaus Müller*, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraussetzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955, Düsseldorf 1988.

gänglich den Regierungschef. Erst nach der langwierigen Integration des ausdifferenzierten, bürgerlich-konservativen Kleinparteienspektrums gelang es der niedersächsischen CDU, 1974 erstmals stärkste Landtagsfraktion zu werden und ab 1976 mit *Ernst Albrecht* den Ministerpräsidenten zu stellen. Dieser blieb dann 14 Jahre ununterbrochen im Amt und die CDU stärkste Partei im Land. 1990 kehrte die SPD zurück an die Regierungsmacht. *Gerhard Schröder* sicherte ihr bis 2003 den Posten des Ministerpräsidenten und machte nach seinem gewonnenen Landtagswahlplebiszit über die Kanzlerkandidatur 1998² den Nachfolgern *Gerhard Glogowski* und *Sigmar Gabriel* Platz. Seit 2003 stellt nun die CDU mit *Christian Wulff*, der drei Anläufe benötigte, um in Regierungsverantwortung zu gelangen, wieder den Ministerpräsidenten. So gesehen scheinen die Niedersachsen ausgesprochen an Kontinuität und Stabilität interessierte Wähler zu sein, die über längere Zeitspannen stabile Mehrheitsverhältnisse zwischen den konkurrierenden Parteien produzieren.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich beim Blick auf einzelne Wahlen und Wahlergebnisse. Dann wird deutlich, dass sich die Niedersachsen durchaus flexibel zeigen und mit ihren Wahlentscheidungen auf jeweils unterschiedliche Ausgangslagen und Kontextbedingungen reagieren. Ein prägnantes Beispiel dafür ist etwa die Bundestagswahl 2005, bei der die Union ihre seit 2003 bestehende Stärke im Land, die sich bei der Landtagswahl 2003 (48,3 Prozent), bei der Europawahl 2004 (45,5 Prozent) oder Kommunalwahl 2006 (41,3 Prozent) ausdrückte, nicht bestätigen konnte und lediglich auf 33,6 Prozent der Stimmen in Niedersachsen kam.

Für die Analyse von Landtagswahlen stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von bundespolitischen und landespolitischen Einflüssen immer wieder neu.³ Die beiden letzten Niedersachsen-Wahlen waren maßgeblich durch bundespolitische Faktoren mitbestimmt. 1998 formte *Gerhard Schröder* die Landtagswahl zu einer Entscheidung über seine eigene Kanzlerkandidatur um, 2003 geriet zu einem Stimmungstest der gerade wiedergewählten und äußerst schlecht gestarteten rot-grünen Bundesregierung, die mit einem „Denkzettel“ der Wähler für Berlin endete.⁴ Allgemeine Aussagen über stets ausschlaggebende Bestimmungsfaktoren von Landes- oder Bundesebene erscheinen kaum möglich.⁵ In einer Untersuchung der niedersächsischen Landtagswahlen 1970 bis 2003 wird die These vertreten, dass in Niedersachsen bestimmte Konstellationen für das Verhältnis von Einflussfaktoren der Bundes- beziehungsweise Landespolitik entscheidend sind: „Gibt es klare Alternativen im Lande, also beispielsweise Koalitionen nach politischen Lagern oder sehr starke Spitzenkandidaten, spielen landespolitische Einflüsse die Hauptrolle. Ist dies nicht der Fall, treten bundespolitische Einflüsse in den Vordergrund.“⁶ Inwieweit eine solche Konstellation für

- 2 Vgl. *Rita Müller-Hilmer*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 1. März 1998: Die Kür des Kanzlerkandidaten, in: ZParl, 30. Jg. (1999), H. 1, S. 41 – 55.
- 3 *Kerstin Völkl*, Welchen Einfluss hat die Bundespolitik auf die Wahlentscheidung der Bürger bei Landtagswahlen? Eine Analyse von Individualdaten im Bundesländer- und Zeitvergleich, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3., S. 480 – 491.
- 4 Vgl. *Rita Müller-Hilmer*, a.a.O.; *Ferdinand Müller-Rommel*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: „Denkzettel“ für Berlin, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 4, S. 689 – 701.
- 5 *Oscar W. Gabriel* / *Everhard Holtmann*, Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 445 – 462.
- 6 *Evelyn Bytzek* / *Susumu Shikano*, Landtagswahlen in Niedersachsen 1970 bis 2003: Landespolitik als wichtiger Einflussfaktor, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 520.

die Wahl in Niedersachsen im Jahr 2008 zutrifft, ist eine der Fragen, die in diesem Beitrag untersucht werden sollen.

Die Ausgangslage vor der diesjährigen Landtagswahl war durch eine klare Zuweisung der Favoritenrolle an den regierenden Ministerpräsidenten *Christian Wulff* und die CDU gekennzeichnet, die öffentlich und bei den internen Kalkülen der meisten politischen Akteure in der Landes- und Bundespolitik zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt wurde. Hierfür ist nicht nur der Amtsbonus der amtierenden Regierung und die Popularität des Ministerpräsidenten verantwortlich, sondern auch eine von *Wulff* strategisch auf den Wahltag ausgerichtete Politik der zeitlich gestaffelten Verteilung von Belastungen und Vergünstigungen, eine eklatante Schwäche der sozialdemokratischen Opposition und die ansteigende Konjunktur, die der Regierung gegen Ende ihrer Amtszeit in finanzieller Hinsicht größere Freigiebigkeit ermöglichte.

Nachdem er selbst 1994 und 1998 als Herausforderer von den Oppositionsbänken aus zwei Wahlniederlagen gegen einen amtierenden Ministerpräsidenten einstecken musste, hatte *Wulff* nach der Eroberung des Amtes 2003 seine eigene Politik für die fünfjährige Regierungszeit strategisch angelegt. In der ersten Hälfte der Wahlperiode verfolgte die Regierung eine relativ rigide Politik der Haushaltskonsolidierung, die mit vielfältigen Kürzungen von Zuschüssen im Bereich der Umwelt-, Kultur- und Sozialpolitik, mit der Einführung von Studiengebühren, mit deutlichen Einschnitten bei den Landesbeamten und weiteren Sparmaßnahmen verbunden war. Auch die größeren Reformvorhaben der schwarz-gelben Koalition, die Unmut und Protest bei den Betroffenen auslösen konnten (und ausgelöst haben), wie die Abschaffung der Bezirksregierungen, die Privatisierung der Landeskrankenhäuser oder der Umbau des Schulsystems, wurden bereits in den ersten Regierungsjahren in Angriff genommen. In der zweiten Hälfte der Wahlperiode verzichtete die Regierung dann auf weitere harte Strukturreformen und soziale Einschnitte und der Regierungschef zeigte sich in vielen Streitfragen (etwa der Bildungspolitik) sehr viel flexibler als zuvor. Überdies nutzte die Regierung den gewonnenen finanziellen Handlungsspielraum, um vorher eingeführte Härten gegenüber einigen Gruppen rechtzeitig vor der Wahl teilweise zurückzunehmen oder wenigstens abzumildern.

Wie andere, so war auch diese Landesregierung bereits in ihrer ersten Amtszeit nicht frei von Streit, Skandalen und Schwächen, die zu mehr oder weniger gut begründeten Anklagen vor Gerichten und Rücktrittsforderungen gegenüber einzelnen Ministern führten. So stand FDP-Umweltminister *Hans-Heinrich Sander* nicht nur wegen seiner stark ideologisch ausgerichteten Umweltpolitik und der Zerschlagung der vorhandenen Strukturen in der Umweltverwaltung des Landes in der Kritik bei Umweltverbänden und beim Sachverständigenrat für Umweltfragen. Er musste sich auch wiederholt den Vorwurf einer primär parteipolitisch motivierten Ämterpatronage im Verantwortungsbereich seines Ministeriums gefallen lassen, die selbst beim größeren Koalitionspartner Anlass zu Beunruhigung gab. Gleichzeitig fand *Sander* mit seiner öffentlich zur Schau gestellten Polarisierungsstrategie gegen „grüne“ Programme regen Zuspruch bei Industriellen, Bauern und Jägern, die traditionell eher zur Wählerklientel der CDU gehören.⁷ Der FDP-Wirtschaftsminister *Walter Hirche* wurde vor

7 Die wahlstrategische Ausrichtung auf eine begrenzte Klientel hat der FDP-Minister selbst deutlich artikuliert: „Man kann nicht Politik für alle machen ... Wenn 20 Prozent meine Politik gut finden und zehn Prozent die FDP wählen, geht das für mich in Ordnung.“ Zitiert nach: *Kai Schöneberg*, Der Buhmann, in: Die Tageszeitung (taz nord) vom 22./23. Dezember 2007, S. 25.

allem wegen des geplanten Tiefwasserhafens „Jade-Weser-Port“ in Wilhelmshaven kritisiert, der als größtes niedersächsisches Infrastrukturprojekt gilt. Angesichts von Fehlern und unzulässiger Einflussnahme aus dem Wirtschaftsministerium wurde das Verfahren zur Vergabe von Bauaufträgen für den Jade-Weser-Port von einem Verwaltungsgericht gestoppt und Gegenstand eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, an dessen Ende sich *Hirche* als verantwortlicher Minister im Landtag mit Anträgen auf Entlassung konfrontiert sah.⁸

Für öffentlich vielfach bemängelte Schwächen der Regierungspolitik waren auch einige von der CDU gestellte Minister verantwortlich, die Bürger und Interessengruppen in ihren Zuständigkeitsbereichen verärgert oder gegen die Landesregierung aufgebracht hatten. So wurde Kultusminister *Bernd Busemann* wegen der raschen Folge immer neuer grundlegender Reformen im Schulwesen bei Lehrern, Eltern und Schülern zunehmend unbeliebt.⁹ Wissenschaftsminister *Lutz Stratmann* landete nicht nur im bundesweiten Ministerranking des Deutschen Hochschulverbandes mit schlechten Noten der niedersächsischen Professoren auf einem der letzten Plätze; er hatte auch die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen Niedersachsens zu verantworten, die bis zum letzten Tag vor der Landtagswahl zu Protesten der Studierenden führten.¹⁰ Auch Justizministerin *Elisabeth Heister-Neumann* (CDU) stieß mit einem neuen Justizvollzugsgesetz bei Richtern, Staats- und Rechtsanwälten auf wenig Gegenliebe, weil einige Gerichte durch die Verschiebung von Zuständigkeiten nach Ansicht dieser Gruppen deutlich überlastet werden.

Der Regierungschef selbst stand nicht nur wegen des schwankenden Kurses der Landesregierung beim Raucherschutz in der Kritik. Er hatte während der Wahlperiode auch mit seinen länderübergreifenden politischen Initiativen, etwa zur Rechtschreibreform, zum NDR-Staatsvertrag oder zur Abschaffung der Kultusministerkonferenz nicht immer eine glückliche Hand und nahm in diesen und anderen Streitfragen nicht selten wechselnde Positionen ein. Als Risiko für die Bewertung seiner persönlichen Kompetenz wurden insbesondere Berichte über einen möglichen Verkauf von Werken des Airbus-Konzerns im niedersächsischen Varel und in Nordenham an US-amerikanische Firmen sowie Ankündigungen von drohenden Massenentlassungen beim Autozulieferer Karmann wahrgenommen, durch die viele Arbeitsplätze im Nordwesten Niedersachsens bedroht schienen. Hier konnte der Ministerpräsident zwar mit Hilfe der Kanzlerin darauf hinwirken, dass der Verkauf der Airbus-Werke an eine amerikanische Firma nicht zustande kam. Die darüber hinaus zugesagte Hilfe musste er aber nicht mehr vor dem Wahltag konkret einlösen.

Kennzeichnend für die Ausgangslage vor der Landtagswahl war vor allem, dass die Opposition nicht in der Lage war, diese und andere Schwächen der Regierung und den Unmut der betroffenen Gruppen über Sparmaßnahmen oder Reformvorhaben zu ihrem Vorteil zu wenden. Der oppositionellen SPD wurde weder größere Kompetenz zur Lösung der zentralen Probleme noch eine realistische Chance auf einen Sieg bei der Landtagswahl eingeräumt. Anzeichen für eine breitere Wechselstimmung waren am Ende der ersten schwarz-gelben Wahlperiode in Niedersachsen nicht zu erkennen. Im Gegenteil: In den Vorwahlumfragen lag die CDU durchgängig etwa zehn Prozentpunkte vor der SPD, einige

8 *Klaus Wallbaum*, Jade-Port: Koalition räumt Fehler ein, in: *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (HAZ) vom 5. Januar 2008, und *ders.*, *Hirche* übersteht Angriffe der Opposition, in: HAZ vom 17. Januar 2008.

9 *Jörg Kallmeyer*, Im Reformfieber, in: HAZ vom 9. Januar 2008.

10 Vgl. *Rüdiger Meise*, Studiengebühren abwählen, in: HAZ vom 26. Januar 2008.

Meinungsforschungsinstitute (forsa) schlossen im Sommer 2007 sogar eine absolute Mehrheit der Mandate für die Union nicht aus. Die schwarz-gelbe Mehrheit schien zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gefährdet. Ministerpräsident *Wulff* lag in Bekanntheitsgrad und Sympathiewerten uneinholbar weit vor seinem Herausforderer von der SPD. Bis in den Winter hinein sahen die Prognosen der Meinungsforscher neben den beiden großen Parteien nur die FDP und die Grünen im Landtag. Deutliche Hinweise für einen möglichen Einzug einer fünften Partei (Die Linke) wurden von den Demoskopern erst zwei bis drei Wochen vor dem Wahltag bekannt gemacht. Trotz dieses ebenso deutlichen wie stabilen Vorsprungs der CDU und ihres Spitzenkandidaten hielten einige Wahlforscher wie *Richard Hilmer* von Infratest dimap auch vier Wochen vor der Wahl noch „Überraschungen für möglich“. Hintergrund für solche Annahmen war insbesondere die gemessene „latente Unzufriedenheit“ bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Diese würde ein Mobilisierungspotential für die Sozialdemokraten bieten.¹¹

2. Der Wahlkampf

Ziel der CDU war es, wieder stärkste Partei in Niedersachsen zu werden und erneut den Ministerpräsidenten in einer schwarz-gelben Koalition zu stellen. In ihrem Regierungsprogramm mit dem Titel „Zukunftsland Niedersachsen“ legte die Regierungspartei zunächst eine detaillierte Erfolgsbilanz der Arbeit in der vergangenen Wahlperiode vor.¹² Dabei wurden insbesondere die Ergebnisse im Bereich der Haushaltskonsolidierung, der Wirtschafts- und Bildungspolitik herausgestellt.

Die Wahlkampfstrategie der CDU war zentral auf die Person ihres Ministerpräsidenten ausgerichtet. *Wulff* präsentierte sich als sympathischer Landesvater eines Bundeslandes, dem es seit seiner Regierungsübernahme wirtschaftlich wieder deutlich besser geht und dem eine gute Zukunft bevorstehe, wenn seine Regierungspolitik fortgesetzt werde. Angesichts eines komfortablen Vorsprungs in den Meinungsumfragen nicht nur für seine Person, sondern auch für seine Koalition war der Ministerpräsident bemüht, jede Konfrontation und Polarisierung nach Möglichkeit zu vermeiden. Auf dem ersten größeren Wahlplakat der CDU hieß es schlicht: „Viel Glück für alle Niedersachsen“. Einer der zentralen Slogans der Union lautete: „Gemeinsam unser Land bewegen“. In der Presse war deshalb von „*Wulffs* Wohlfühlwahlkampf“ die Rede, Wahlforscher sprachen von einer „Harmonisierungsstrategie“¹³. Ein weiteres Merkmal des CDU-Wahlkampfes, das auch auf den Wahlplakaten zum Ausdruck kam, bestand in der Zusammenarbeit mit einer Unterstützerinitiative, in der mehrere tausend Prominente zur Wahl von *Wulff* aufriefen.¹⁴

Der Wahlkampf in Niedersachsen enthielt personalpolitische und sachpolitische Verknüpfungen mit dem gleichzeitig stattfindenden Hessen-Wahlkampf. Indirekt befand sich *Wulff*

11 *Michael B. Berger*, Wahlforscher hält Überraschungen für möglich, in: HAZ vom 28. Dezember 2008.

12 CDU Landesverband Niedersachsen, Zukunftsland Niedersachsen. Regierungsprogramm 2008 – 2013 der CDU in Niedersachsen, Hannover 2007.

13 *Klaus Wallbaum*, Christian Wulffs Wohlfühlwahl, in: HAZ vom 25. Januar 2008; Infratest dimap, Wahlreport Landtagswahl in Niedersachsen 27. Januar 2008, S. 93.

14 *Michael B. Berger*, Promis trommeln für Wulff, in: HAZ vom 18. Januar 2008.

mit dem hessischen Ministerpräsidenten *Roland Koch* in einem Wettkampf um die Position des zweiten Mannes hinter *Angela Merkel* in der internen Hierarchie der Christdemokraten. Alle Beteiligten gingen davon aus, dass die Ergebnisse der am selben Tag stattfindenden Wahlen auch darüber entscheiden konnten, wer von beiden sich als Kronprinz und damit als potentieller Nachfolger der Kanzlerin fühlen dürfte – unabhängig davon, dass sich die Frage einer Nachfolge angesichts der momentan starken Position von *Merkel* zurzeit nicht stellt.

Auf der Ebene des Agenda-Setting beeinflusste *Koch* mit seiner Polarisierungsstrategie in Bezug auf die Jugendkriminalität sowie in der Integrations- und Ausländerfrage nicht nur den Wahlkampf in Hessen, sondern auch in Niedersachsen. In beiden Bundesländern mussten sich die konkurrierenden Kandidaten und Parteien nun zu den Themen verhalten, die *Koch* in Hessen auf die Tagesordnung der Landes- wie der Bundespolitik gesetzt hatte. *Kochs* teilweise weitreichende politische Forderungen im Bereich der Jugendkriminalität wurden von *Wulff* zwar bei Beschlüssen im Bundesvorstand der CDU mitgetragen. Dessen Polarisierungsstrategie passte aber nicht zu der generell eher auf Harmonie und Integration bedachten Anlage des Wahlkampfes, den der Niedersachse führen wollte. *Wulff* betonte deshalb auch in Bezug auf die Jugendkriminalität die vorrangige Aufgabe der Integration, wies Forderungen nach einer Ausweitung des Jugendstrafrechts auf Kinder zurück und vermied alle ausländerfeindlichen Untertöne, die bei *Koch* nicht zu überhören waren. Auch in anderen Streitfragen folgte *Wulff* seiner übergreifenden Strategie eines positiven Sympathiewahlkampfes, in dem er Streitfragen, die konkurrierende Parteien zur Profilierung nutzen könnten, neutralisierte und potentielle Angriffsflächen durch verbales Entgegenkommen minimierte. So zeigte sich der Ministerpräsident etwa in der Frage des Mindestlohns erstaunlich aufgeschlossen und signalisierte – im Unterschied zu seinem Kultusminister – eine überraschende Bereitschaft, das vorher beschlossene Verbot der Errichtung von Gemeinschaftsschulen aufzuweichen, wenn Eltern dies wünschten.

Ziel der SPD war die Ablösung der regierenden schwarz-gelben Koalition. Um ihren Anspruch auf die Führung einer neuen Regierung zu unterstreichen, legten auch die Sozialdemokraten kein Wahl-, sondern ein Regierungsprogramm vor, das Probleme der sozialen Gerechtigkeit betonte. Der Schlüsselbegriff „gerecht“ wurde dabei – in veränderter Bedeutung – auch auf das eigene Bundesland und eine künftige SPD-geführte Landesregierung bezogen: „Besser für Niedersachsen, gerechter für die Menschen. Niedersachsengerechter“. Demgegenüber werde die CDU/FDP-Landesregierung „dem Land nicht gerecht“, weil sie „zu wenig aus den Potenzialen“ mache und eine Politik betreibe, die für die Entwicklung dieser Potenziale „nicht tauglich“ sei.

In Bezug auf die Mitbewerber in der Parteienkonkurrenz war bereits das Programm der Landes-SPD auf einen klassischen Oppositionswahlkampf hin angelegt, bei dem die Kritik an den Schwachstellen der Regierung im Vordergrund stand. Dieser wurde „Nichtstun und Stillstand in der Wirtschaftspolitik, schneller Rückwärtsgang in der Bildungspolitik, Barmherzigkeit statt Teilhaberechte in der Sozialpolitik“ vorgeworfen. Demgegenüber setzte das Programm der SPD Schwerpunkte im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Bildungs- und Sozialpolitik. Mit dem Titel dieses Regierungsprogramms, der zugleich ihr zentraler Slogan wurde („Gerechtigkeit kommt wieder“)¹⁵, versuchten die niedersäch-

15 SPD Landesverband Niedersachsen, Gerechtigkeit kommt wieder. Regierungsprogramm der SPD Niedersachsen 2008 – 2013, Hannover 2007, hier S. 1 und S. 5.

sischen Sozialdemokraten insbesondere bei solchen Wählern erneut um Vertrauen zu werben, die bei der letzten Landtagswahl wegen der „Agenda 2010“ von Bundeskanzler *Schröder* der SPD in großen Scharen ihre Stimme verweigert hatten, zu Hause geblieben oder gleich direkt zu anderen Parteien abgewandert waren. In diesem Sinne lässt sich der Wahlkampf auch als „Stammwähler-Wahlkampf“ charakterisieren, der zuerst die „sozialdemokratische Kernklientel“ ansprechen und erneut zur Stimmabgabe motivieren sollte.¹⁶ Eingebettet in die bundesweite Diskussion rückte auch die niedersächsische SPD die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn ins Zentrum ihrer Kampagne, die mit einer landesweiten Unterschriftenaktion verbunden wurde.¹⁷

Die Aufgabe des Spitzenkandidaten hatte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion *Wolfgang Jüttner* übernommen. *Jüttner* kommt aus dem eher linken SPD-Bezirk Hannover und hatte der letzten SPD-geführten Landesregierung als Umweltminister angehört. Nach der Wahlniederlage 2003 war das Amt des Fraktionsvorsitzenden (und designierten Spitzenkandidaten) zunächst von *Sigmar Gabriel* wahrgenommen worden, der die letzte sozialdemokratische Landesregierung bis 2003 kurzzeitig als Ministerpräsident geführt hatte. 2005 wurde *Gabriel* aber im Zuge der Bildung der Großen Koalition in Berlin zum Bundesumweltminister ernannt. Dieser Wechsel hinterließ in der niedersächsischen SPD eine Lücke, die eigentlich der neu gewählte Landesvorsitzende *Garrelt Duin* hätte schließen sollen. Dieser zog es aber vor, 2008 nicht für den Landtag zu kandidieren, und erklärte, stattdessen sein Bundestagsmandat weiter wahrnehmen zu wollen. Somit lief die Spitzenkandidatur auf den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion *Wolfgang Jüttner* zu, der als integer und landespolitisch kompetent, aber auch als „blass“ galt. Im Wahlkampf rechnete *Jüttner* dem Regierungschef immer wieder vor, wie weit Niedersachsen in verschiedenen wirtschaftlich und sozial relevanten Indikatoren hinter den anderen Bundesländern zurückbleibe. Außerdem attackierte er den Ministerpräsidenten wegen seiner häufigen Positionsveränderungen als „Wackel-Wulff“ (ein Vorwurf, den die regierende CDU mit dem Etikett „Jammer-Jüttner“ beantwortete).

Ziel der FDP war es, wieder drittstärkste Partei zu werden und die Koalition mit der CDU fortzusetzen. Dazu gäbe es in Niedersachsen „keine Alternative“. Andere Koalitionen schlossen die Freidemokraten von vornherein aus. Stattdessen setzten sie im Wahlkampf auf eine Zweitstimmenkampagne, die sich auch an Befürworter einer zweiten Amtszeit für *Wulff* richtete.¹⁸ Der Wahlkampf der FDP war – wie bei der CDU – einerseits als „Bilanzwahlkampf“ einer erfolgreichen Regierungskoalition angelegt, in deren Rahmen sich die Partei als verläSSLicher Koalitionspartner sah. Gleichzeitig präsentierte sich die FDP als diejenige Partei, die gewährleistete, dass die Regierung auch in Zukunft die richtige Richtung beibehielte („Andere rücken nach links. Wir bleiben in der Mitte“). Nicht „gerecht“, sondern „richtig“ ist der Schlüsselbegriff, der auf den Wahlplakaten der Freidemokraten in verschiedenen Variationen zu finden war. „Richtiges fortsetzen“ lautete ihr zentraler Slogan, der auch den Titel ihres Wahlprogramms darstellt. Die „richtige“ Wirtschaftspolitik oder die „richtige“ Landespolitik sowie „richtig wichtiges“ wurde gegen „Vorschriften“ oder

16 Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. Januar 2008, S. 13.

17 *Michael M. Grüter*, Wahlmarathon als „Volksabstimmung“, in: HAZ vom 24. Dezember 2007.

18 FDP will nur mit der CDU verhandeln, in: HAZ vom 17. Dezember 2007.

anderes, Freiheit Einschränkungendes gesetzt. Der Spitzenkandidat der FDP wurde als „Der Richtige für Niedersachsen“ vorgestellt. Programmatisch rückte sie allerdings nicht die Politikfelder in den Vordergrund, in denen ihre (eher umstrittenen) Minister Verantwortung trugen, sondern stellte andere Themen heraus, mit denen neue Wähler angesprochen werden sollten: „Aller gelben Dinge sind drei: Bildung, Arbeit und Familie“¹⁹. Als Spitzenkandidat trat nicht der stellvertretende Ministerpräsident *Hirche* oder der Umweltminister *Sander* an. Vielmehr stellte die FDP den jüngeren Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Philipp Rösler* auf Veranstaltungen und Plakaten als Spitzenmann heraus, obwohl dieser erklärtermaßen auch bei einer Bestätigung der Regierungskoalition in der Landtagswahl 2008 (noch) kein Ministeramt übernehmen wollte. *Rösler* gilt auch bundesweit in der FDP als „Hoffnungsträger“, wenn der Bundesparteivorsitzende *Guido Westerwelle* einmal abtreten sollte.

Ziel von Bündnis 90/Die Grünen war es, ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen und drittstärkste Partei zu werden. Eine explizite Koalitionsaussage wurde nicht gemacht, obwohl es wenig Zweifel daran gab, dass die Partei zu einer Neuauflage einer rot-grünen Koalition bereit wäre, wenn das Wahlergebnis dies ermöglichen würde. Schwerpunkte setzten die Grünen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes, in der Energiepolitik und im Verbraucherschutz sowie in der Bildungspolitik. Dabei wurden insbesondere bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen für eine Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und für eine Bekämpfung der Kinderarmut hervorgehoben. Programmatisch sollte in den zentralen Politikfeldern eine Brücke zwischen Gegenwart und Zukunft geschlagen werden. Das Motto des Wahlprogramms und der zentrale Slogan lautete: „Jetzt. Für Morgen“.²⁰ Im Wahlkampf kritisierten die Grünen die positive Bilanz, die von den Regierungsparteien am Ende der ablaufenden Wahlperiode gezogen wurde. In der Bildungspolitik forderten sie eine Abkehr vom überkommenen dreigliedrigen Schulsystem, an dem die Regierungsparteien strikt festhalten wollten („Förderung statt Ausgrenzung“). In der Energiepolitik standen die Abkehr von der Kernenergie und der Verzicht auf neue Kohlekraftwerke zugunsten von Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Zentrum. Eine besondere Zielscheibe für Kritik bot der umstrittene Umweltminister *Sander* (FDP), dem „Ignoranz“ beim Klima- und Umweltschutz vorgeworfen wurde. Personell waren die Grünen dieses Mal wieder mit einer Doppelspitze angetreten (*Ursula Helmhold* und *Stefan Wenzel*), nachdem die Spitzenkandidatin der letzten Wahl, *Rebecca Harms*, zwischenzeitlich ins Europäische Parlament gewählt worden war.

Ziel der Partei „Die Linke“, die aus dem Zusammenschluss der PDS und der WASG hervorgegangen ist, war der erstmalige Einzug in den Niedersächsischen Landtag. Auf dieses wahlstrategische Ziel der Etablierung in den westdeutschen Landesparlamenten spielte auch der Titel des Wahlprogramms an, das unter dem Motto stand: „Hier ist die Linke“²¹.

19 FDP Niedersachsen, Richtiges fortsetzen. FDP Programm zur Landtagswahl 2008, Hannover 2007; vgl. Infratest dimap, a.a.O., S. 93; Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O., S. 14 f.

20 Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen, Jetzt. Für Morgen. Grün für Niedersachsen, Landtagswahlprogramm 2008 – 2013, Hannover 2007.

21 Die Linke Niedersachsen, Hier ist die Linke. Landeswahlprogramm, Hannover 2007.

Im Wahlkampf rückte die Partei allgemeine Probleme der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund. Ihre zentralen Wahlslogans lauteten: „Armut bekämpfen“, „Privatisierung stoppen“, „Bildung gebührenfrei für alle“. Der niedersächsische Landesvorsitzende *Dieter Dehm*, der als Musikmanager eine schillernde Figur mit Vergangenheit in verschiedenen politischen Parteien und Gruppen darstellt, war selbst nicht zur Landtagswahl angetreten. Die Spitzenkandidatin *Kreszentia Flauger* kam aus der WASG. Auf Platz zwei der Landesliste kandidierte *Manfred Sohn*, der wie der Parteivorsitzende ebenfalls eine bewegte politische Vergangenheit hinter sich hat. Um Konkurrenz am linken Rand des Wählerspektrums zu vermeiden, hatte „Die Linke“ auch Mitglieder der DKP als Kandidaten auf ihrer Landesliste aufgestellt. Die DKP hatte im Gegenzug auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Im Wahlkampf stellte „Die Linke“ weniger ihre Landtagskandidaten als vorrangig ihre beiden bundesweit bekannten Spitzenpolitiker *Gregor Gysi* und *Oskar Lafontaine* auf Plakaten heraus.

3. Das Wahlergebnis

Bei einer insgesamt äußerst geringen Wahlbeteiligung behauptete die bisher amtierende schwarz-gelbe Regierung ihre absolute Mehrheit, auch wenn CDU wie FDP in absoluten Zahlen Stimmenverluste hinnehmen mussten. In Niedersachsen gab es bei der Landtagswahl 2008 rechnerisch keine Mehrheit „links“ von der Mitte, so dass es, anders als zur selben Zeit in Hessen, auf die Frage von politisch handlungs- und koalitionsfähigen Mehrheiten jenseits der Stimmenanteile gar nicht ankam. Im Verhältnis zu den beiden Großparteien SPD und CDU, die Stimmen verlieren, sind die kleineren Parteien so stark wie seit Ende der 1950er Jahre nicht mehr. Sie erreichen in der Summe fast ein Viertel aller Zweitstimmen.

Die CDU hält ihre Position als stärkste Kraft im Land mit 42,5 Prozent der Zweitstimmen ungefährdet, obwohl sie damit 5,8 Prozentpunkte gegenüber der Landtagswahl von 2003 verloren hat (vgl. Tabelle 1). Sie kann 1.456.742 Zweitstimmen auf sich vereinen, 468.313 weniger als noch bei der letzten Landtagswahl 2003. Die SPD verliert gegenüber ihrem schlechtesten Wahlergebnis der Landesgeschichte aus dem Jahr 2003 (33,4 Prozent) noch weiter und erreicht einen neuen historischen Tiefstand von nur noch 30,3 Prozent der Zweitstimmen. Ihr Stimmenanteil sinkt mit 1.036.727 Stimmen im Vergleich zu 2003 um weitere 293.429. Die FDP kann sich nach 2003 erneut mit 8,2 Prozent als drittstärkste Kraft im Land behaupten. Sie gewinnt prozentual leicht um 0,1 Punkte hinzu. 279.826 Wähler haben für die Liberalen gestimmt, 43.281 weniger als 2003 (323.107). Die Grünen erreichen 8,0 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen und liegen damit knapp über ihrem Ergebnis von 2003 (7,6 Prozent). Auch sie haben in absoluten Zahlen Wähler verloren. Kamen sie 2003 noch auf 304.532 Stimmen, sind es diesmal nur noch 274.221, ein Verlust von 30.311. Die Linke erzielt den größten Zuwachs aller Parteien und erhöht ihren Anteil der letzten Wahl (damals noch als PDS) von 0,5 auf nunmehr 7,1 Prozent. Der rasante Zuwachs von 6,6 Punkten bedeutet einen Anstieg um 221.801 Stimmen von 21.560 (2003) auf 243.361 (2008). Von den sonstigen Parteien erzielt die NPD 1,5 Prozent (52.986 Stimmen). Alle weiteren Parteien und Wählergruppen erhalten zusammen 2,5 Prozent der Zweitstimmen (81.563).

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen 1998 bis 2008 (Zweitstimmenanteile)

	2008				2003				1998			
	Zweitstimmen	in Prozent	Veränderung zu 2003*	Sitze	Zweitstimmen	in Prozent	Veränderung zu 1998*	Sitze	Zweitstimmen	in Prozent	Veränderung zu 1994*	Sitze
Wahlberechtigte	6 087 297				6 023 636				5 929 342			
Wähler	3 476 112	57,1			4 036 017	67,0			4 376 643	73,8		
gültige Stimmen	3 425 426	98,5			3 984 009	98,7			4 314 932	98,6		
CDU	1 456 742	42,5	-5,8	68	1 925 055	48,3	+12,4	91	1 549 227	35,9	-0,5	62
SPD	1 036 727	30,3	-3,1	48	1 330 156	33,4	-14,5	63	2 068 477	47,9	+3,6	83
FDP	279 826	8,2	+0,1	13	323 107	8,1	+3,2	15	209 610	4,9	+0,5	0
Grüne	274 221	8,0	+0,4	12	304 532	7,6	+0,6	14	304 193	7,0	-0,4	12
Linke	243 361	7,1	+6,6	11	21 560	0,5	+0,5	0	—**	—**	—**	0

* In Prozentpunkten bezogen auf die Zweitstimmenanteile.
 **Partei angetreten, aber nur mit Direktkandidaten (Erststimmen).
 Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik.

3.1. Mandatsverteilung

Durch eine neue Wahlkreiseinteilung (87 statt bisher 100 Wahlkreise) besteht der Landtag nur noch aus 135 Abgeordneten (bisher 155). Aufgrund der im niedersächsischen Wahlgesetz vorgesehenen Erst- und Zweitstimmen kann es auch zu Überhang- und Ausgleichsmandaten kommen. Das ist bei der Landtagswahl 2008 der Fall. Die CDU erreicht acht Überhangmandate und damit 68 Gesamtmandate. Dem stehen neun Ausgleichsmandate gegenüber, fünf für die SPD, die damit auf 48 Mandate kommt, zwei für die FDP (insgesamt 13) sowie je ein Ausgleichsmandat für die Grünen (12) und die Linkspartei (11). Durch eine besondere Formel des Wahlgesetzes, wonach die Ausgleichsmandatsberechnung mit einer um den doppelten Umfang erhöhten Gesamtmandatszahl zu wiederholen ist, bleibt der 68. Sitz der Union ein unausgeglichenes Überhangmandat (Unterausgleich). Das hat zur Folge, dass die Gesamtmandatszahl im Landtag mit 152 Sitzen ausnahmsweise gerade ist. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP verfügen mit 81 Mandaten gegenüber der Opposition aus SPD, Grünen und Linkspartei mit insgesamt 71 Mandaten über eine Mehrheit von zehn Sitzen im neuen Fünf-Parteien-Parlament.

3.2. Wählermobilisierung: Wähler und Nichtwähler

Die Wahlbeteiligung hat 2008 einen neuen historischen Tiefstand erreicht. Noch niemals gingen in Niedersachsen so wenige Bürger zu einer Landtagswahl. Von den 1950er Jahren bis zum Ende der 1990er wies die Landtagswahlbeteiligung in Niedersachsen stets Werte zwischen knapp 74 bis zum Höchstwert von 84,4 Prozent (1974) auf. Schon 2003 war ein Tiefstand von 67 Prozentpunkten erreicht worden, der diesmal erneut um ganze zehn Prozentpunkte unterboten wurde. Das Rekordtief von 57 Prozent Wahlbeteiligung setzt einen Trend fort, der nicht nur Niedersachsen betrifft. Alle Landtagswahlen (bis auf die Ausnahmen Bremen 2003, Brandenburg 2004 und Nordrhein-Westfalen 2005) seit 2002 weisen eine sinkende Beteiligung auf. In Niedersachsen ist der Rückgang in diesem Jahr aber besonders dramatisch.

Mit Blick auf die vorhandenen Wahlanalysen lassen sich mindestens fünf Gründe dafür nennen, warum so wenige Niedersachsen zur Wahl gingen und warum vor allem die beiden großen Parteien darunter besonders zu leiden hatten. Zunächst eröffnete die Große Koalition in Berlin kaum Mobilisierungschancen für die Großparteien. Anders noch als 2003, als die Union in Niedersachsen die Unzufriedenheit der Menschen mit der rot-grünen Bundesregierung und ihren rapiden Vertrauensverlust nach der Bundestagswahl 2002 für sich nutzen konnte²², stellte die aktuelle bundespolitische Lage aus Sicht der Bürger diesmal kein besonderes Wahlmotiv dar.²³ Auch der wenig polarisierte Wahlkampf vermochte nicht zu mobilisieren.²⁴ Der schwache Oppositionsspitzenkandidat *Jüttner* konnte den fast schon präsidential agierenden Ministerpräsidenten *Wulff* kaum in Bedrängnis bringen. Dazu kam eine hohe Kompetenzzurechnung der Niedersachsen für die Union in wichtigen Politikbereichen wie der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt, die eine Wechselstimmung – trotz hö-

22 Vgl. *Ferdinand Müller-Rommel*, a.a.O.

23 *Infratest dimap*, a.a.O., S. 86 ff.

24 *Forschungsgruppe Wahlen e.V.*, a.a.O., S. 11.

heren Unzufriedenheitswerten in anderen Politikfeldern – nicht entstehen ließ.²⁵ Für die meisten Niedersachsen stand der Sieger bereits vor der Wahl fest, so dass viele gar keine Notwendigkeit mehr sahen, überhaupt zur Wahl zu gehen.²⁶ Vermeintlich bereits entschiedene Wahlen lassen Anhänger der Sieger und Besiegten sowie die unentschlossenen Wähler vielfach zu Hause bleiben. Nicht zuletzt lag das allgemeine Interesse der Bürger an der diesjährigen Landtagswahl insgesamt auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.²⁷

Unter der geringen Wahlbeteiligung haben fast alle Parteien gelitten. Dabei wirkt sich eine schlechte Mobilisierung für die Großparteien traditionell stärker aus. So war es auch diesmal. Die CDU verlor am meisten Stimmen an die Nichtwähler, gefolgt von der SPD, den Grünen und der FDP. Nur die Linkspartei konnte per Saldo in nennenswertem Umfang ehemalige Nichtwähler dazu bringen, sie zu wählen.²⁸

3.3. Wählerwanderung und Wahlmotive

Nach der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap²⁹ gaben die beiden Großparteien – zusätzlich zu den Nichtwählern – vor allem an ihre potentiellen Koalitionspartner und die Linkspartei Stimmen ab. Die CDU verlor 43.000 Stimmen an die FDP, die SPD 18.000 Stimmen an die Grünen. Die Linkspartei konnte frühere Wähler aller anderen Parteien an sich binden. Das gilt insbesondere für ehemalige Wähler der SPD (+79.000), der Grünen (+31.000) und der Union (+27.000). Aber auch frühere FDP-Wähler haben diesmal die Linkspartei gewählt (+10.000).

Die Vorwahlbefragungen zeigen, dass die Union ihren Stimmenvorsprung vor der SPD vor allem ihrem Spitzenkandidaten *Wulff* und dem Vertrauen der Wähler in die wirtschafts-, haushalts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz der niedersächsischen CDU zu verdanken hat.³⁰ Die Wähler waren mit dem Engagement der Regierung für den Wirtschaftsstandort, bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und beim Verschuldungsabbau zufrieden. *Wulff* gelang es, circa drei Viertel aller Wähler von seiner Leistung als Regierungschef zu überzeugen; er war der unangefochtene Wunschkandidat der Niedersachsen für das Ministerpräsidentenamt. Die Sozialdemokraten konnten von der weniger positiv wahrgenommenen Regierungsbilanz in der Schul- und Bildungspolitik und in der Kriminalitätsbekämpfung offenbar nicht profitieren. Zwar gilt die SPD unter den Wählern als der Garant für soziale Gerechtigkeit. Aber die fehlende Zurechnung wirtschaftspolitischer Kompetenz und die sehr geringe Erwartung, dass eine SPD-geführte Regierung die Probleme des Landes besser lösen könnte, ließen kein Bedürfnis nach Wechsel entstehen. Die sozialpolitische Kompetenz der Sozialdemokraten kam auch deswegen nicht voll zum Tragen, weil viele Niedersachsen ihren sozialen Protest durch die Wahl der Linkspartei zum

25 Infratest dimap, a.a.O., S. 51 ff.; Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O., S. 28 – 33.

26 *Viola Neu*, Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar 2008. Wahlanalyse, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2008, S. 18.

27 Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O., S. 8; Infratest dimap, a.a.O., S. 94.

28 Infratest dimap, a.a.O., S. 33.

29 Vgl. ebenda, S. 33 – 39.

30 Vgl. zum Folgenden Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O., 18 – 33; Infratest dimap, a.a.O., S. 59 – 95.

Ausdruck brachten.³¹ Zur mangelnden Überzeugungskraft der SPD trug auch ihr Spitzenkandidat *Jüttner* bei. Ihn kannten nicht einmal die Hälfte der befragten Bürger in Niedersachsen und im Profilvergleich der persönlichen und politischen Eigenschaften unterlag er gegenüber dem Amtsinhaber mit großem Abstand. Die Niedersachsen erlebten *Wulff* als mit mehr Sachverstand ausgestattet, glaubwürdiger, sympathischer, tatkräftiger, bürgernäher und eher als einen Siegertypen. Die Stärke des Ministerpräsidenten war sicherlich zugleich einer der Gründe für die eher landespolitische Prägung der diesjährigen Wahl.

3.4. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Nach den Wahltagsbefragungen blieb die CDU in allen Altersgruppen und bei beiden Geschlechtern mit deutlichem Abstand stärkste Partei in Niedersachsen.³² Allerdings ist die Union hinsichtlich ihrer Wählerzusammensetzung eine „alternde“ Partei. Den höchsten Stimmenanteil erzielte sie mit 50 Prozent bei den über 60-jährigen Frauen und Männern, den geringsten Zuspruch bei den jüngeren Wählern. Hier verlor sie auch gegenüber ihrem Ergebnis von 2003 am meisten (über zehn Prozentpunkte) und blieb vier bis fünf Punkte unter dem diesjährigen Landesergebnis von 42,5 Prozent. Besonders schlecht schnitt sie bei jungen Frauen ab. Dort verloren die Christdemokraten zweistellig. Die SPD musste in fast allen Altersgruppen weiter gegenüber ihrem schlechten Landtagswahlergebnis von 2003 Federn lassen. Eine Ausnahme bilden die jungen Wähler (insbesondere junge Frauen), bei denen die Sozialdemokraten gegen diesen Trend zulegen konnten. Den meisten Zuspruch erhielten sie von den 45- bis 59-jährigen männlichen und weiblichen Wählern.

Bei der FDP zeigen sich über die verschiedenen Altersgruppen hinweg und bei beiden Geschlechtern kaum Unterschiede zum Landesergebnis, lediglich bei den jungen und alten Männern erreichte sie etwas höhere Stimmenanteile. Spiegelbildlich zur Union schnitten die Grünen besonders gut bei den jungen Wählern ab, bei denen sie zwölf beziehungsweise 13 Prozentpunkte erzielen konnten. Ihr Stimmenanteil lag bei allen Altersgruppen außer bei den über 60-Jährigen oberhalb des Landesdurchschnitts – bei den älteren Wählern erreichten die Grünen lediglich drei bis vier Prozentpunkte. Die Linkspartei übersprang in allen Altersgruppen die Fünf-Prozent-Marke. Am stärksten war sie bei den 45- bis 59-jährigen Männern (über zehn Prozent) – ein Trend, der auch aus Wahlergebnissen in anderen Ländern und im Bund bekannt ist.³³

3.5. Sozialstrukturelle und regionale Differenzen im Wahlverhalten

Besonders auffällige sozialstrukturelle Merkmale zeigten die Linkswähler: Unter ihnen war der Gewerkschaftsmitgliederanteil sehr hoch. Gegenüber 17 Prozent in der Gesamtwählerschaft waren es bei den Wählern der Linkspartei 28 Prozent. Damit lag sie noch vor der

31 Vgl. dazu auch den Beitrag von *Manuela Kulick* und *Holger Onken* in diesem Heft der ZParl.

32 Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O., S. 36 – 39; Infratest dimap, a.a.O., S. 47 ff.

33 Dies gilt auch für spezifische sozialstrukturelle Merkmale der Linkswähler; vgl. *Gero Neugebauer* / *Richard Stöss*, Die Partei DIE LINKE: Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 151 – 199.

„traditionellen“ Gewerkschaftspartei SPD (24 Prozent).³⁴ Auch unter den Erwerbslosen schnitt die Linkspartei besonders gut ab. Hier rangierte unter allen Parteien nur die SPD noch vor ihr. Insgesamt verloren die Sozialdemokraten gerade in diesen Segmenten und bei den Arbeitern, ihren klassischen Unterstützerguppen, stark an Zuspruch. Bei Arbeitslosen und Arbeitern musste auch die Union Einbußen in Kauf nehmen. Dort hatte sie 2003 noch kräftig zulegen können. Klar dominierte die Union nach wie vor bei den Rentnern und Selbständigen. Bei den Selbständigen musste sie allerdings an die FDP Stimmen abgeben. Die Grünen waren, wie immer, stark bei den hoch gebildeten Wählern.

Bei den Wahlentscheidungen nach Konfession zeigt sich, dass die CDU unter den Katholiken ganz eindeutig die erste Wahl (etwa 60 Prozent) war.³⁵ Insgesamt machten die Katholiken in der niedersächsischen Wählerschaft jedoch – im Verhältnis zu anderen westlichen Bundesländern – nur einen relativ geringen Anteil von circa 20 Prozent aus. Regional ergaben sich beim Wählerverhalten aber große Differenzen. In den katholisch geprägten Regionen im Westen des Landes erzielte die Union zum Teil über 60 Prozent der Stimmen, etwa in den Wahlkreisen Lingen, Meppen oder Vechta. Die SPD war dort ganz schwach und erreichte teilweise nicht einmal 20 Prozent. Hinter ihrem Landesergebnis blieb die CDU – wie schon bei vorangegangenen Wahlen – im Nordwesten sowie Südosten des Landes und in den größeren Städten zurück. In diesen Gebieten ist die SPD spiegelbildlich dazu stärker. Allerdings konnte sie sich 2008 selbst in ihren stärkeren Regionen vielfach kaum noch vom Landesergebnis absetzen. Über 40 Prozent wie im ostfriesischen Emden/Norden (41,8 Prozent) oder in Salzgitter (41,2 Prozent) blieben die Ausnahme. Die Grünen punkteten auch diesmal insbesondere in Universitätsstädten (Göttingen-Stadt 21,1 Prozent, Lüneburg 16,8 Prozent, Braunschweig-Nord 14,0 Prozent), während die Liberalen keine so ausgeprägten Stadt-Land-Differenzen kennen. Die Erfolge der Linkspartei stellten sich vor allem in SPD-, aber auch Grünen-Hochburgen ein. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in Hannover-Linden (13,3 Prozent), Wilhelmshaven (11,3 Prozent) und Oldenburg-Mitte/Süd (11,5 Prozent).

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Da die niedersächsische Landtagswahl im Ergebnis eine klare Mehrheit für die bisherigen Koalitionsparteien brachte, gestaltete sich die Bildung einer neuen Regierung im Unterschied zu den Schwierigkeiten in Hessen relativ einfach. Programmatisch strebte die schwarz-gelbe Koalition im Wesentlichen eine Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik an. Dabei lässt sich eine leichte Gewichtsverschiebung zugunsten der FDP feststellen. In den Koalitionsverhandlungen konnte die im Verhältnis zur CDU erstarkte FDP nicht nur wunschgemäß ihre beiden bisherigen Minister in der Regierung halten, obwohl sowohl Wirtschaftsminister *Hirche* als auch Umweltminister *Sander* in verschiedener Hinsicht als belastet galten. Die Freidemokraten konnten auch eine ihrer zentralen inhaltlichen Forderungen, die weitere Privatisierung von Landesbeteiligungen, verbindlich im Koalitionsvertrag festschreiben, in dem sonst Vieles eher unverbindlich bleibt.

34 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O., S. 41; Infratest dimap, a.a.O., S. 49 f.

35 Infratest dimap, a.a.O., S. 50; Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O., S. 43 f.

In der CDU war zwar schon im Vorfeld der Landtagswahl und dann verstärkt während der Koalitionsverhandlungen über personelle Wechsel in der Landesregierung spekuliert worden. Dabei wurde insbesondere über mögliche Versuche berichtet, den nicht überall beliebten Bildungsminister *Busemann*, der als parteiinterner Gegner *Wulffs* gilt, auf den Posten des Landtagspräsidenten „wegzuloben“. Auch andere bisherige CDU-Minister wurden als Kandidaten für eine mögliche Auswechslung gehandelt. Dazu gehörten insbesondere die bisherige Justizministerin *Elisabeth Heister-Neumann* und der Wissenschaftsminister *Lutz Stratmann*, die beide ihre Parlamentssitze verloren und während der abgelaufenen Wahlperiode in ihren Ämtern nicht in jeder Hinsicht überzeugt hatten. Erst kurz vor Ende der Koalitionsverhandlungen machte *Wulff* deutlich, dass nicht nur die FDP-, sondern auch die CDU-Minister in der Landesregierung bleiben sollten. Zwei Minister mussten allerdings ihre Ressorts tauschen: *Heister-Neumann* wird in der neuen Regierung das Bildungsministerium übernehmen, *Busemann* in das Justizressort wechseln (vgl. Tabelle 2).

Der Koalitionsvertrag wurde am 23. Februar von kleinen Parteitagen der CDU und der FDP beschlossen. Die Unterzeichnung fand am selben Ort und mit dem gleichen Zeremoniell statt wie fünf Jahre zuvor bei der ersten Koalitionsvereinbarung zwischen den niedersächsischen Frei- und Christdemokraten, was als Ausweis der angestrebten Kontinuität interpretiert wurde.³⁶ Am 26. Februar 2008 bestimmte der Landtag zunächst den CDU-Abgeordneten *Hermann Dinkla* ohne Gegenstimmen zu seinem Präsidenten. Anschließend wurde *Wulff* im Niedersächsischen Landtag mit 81 Stimmen erneut für fünf Jahre zum Ministerpräsidenten gewählt. Damit gab es – anders als bei früheren Wahlen eines Regierungschefs im Bundesland Niedersachsen – dieses Mal keinen Anlass, in den Reihen der Regierungsfractionen nach Abweichlern zu suchen, die dem eigenen Kandidaten die Stimme verweigert hatten, weil rechnerisch keine Stimme von CDU (68) und FDP (13) fehlte. Sechs Wochen nach Regierungsantritt erklärte *Wulff* öffentlich, auf eine erneute Kandidatur als Landesvorsitzender der CDU zu verzichten, weil er sich stärker auf seine Aufgaben als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU konzentrieren wolle. Als Nachfolger im Amt des Parteichefs schlug er den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion *David McAllister* vor, der damit endgültig als designierter Nachfolger auch für das Amt des Ministerpräsidenten gilt, wenn *Christian Wulff* sich entscheiden sollte, in die Bundespolitik zu wechseln.³⁷

Die Opposition im Niedersächsischen Landtag besteht nun aus drei Parteien: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Bei der SPD blieb entgegen anderslautenden Spekulationen in der Presse personell zunächst alles beim Alten. Obwohl die Sozialdemokraten ihr schlechtestes Ergebnis in der Nachkriegszeit eingefahren hatten, wurde der Fraktionsvorsitzende *Jüttner* noch einmal mit großer Mehrheit für die erste Hälfte der Legislaturperiode wiedergewählt. Eine öffentlich geführte, kontroverse Diskussion über Anlage und Strategie des Wahlkampfes begann erst zwei Monate nach der Landtagswahl im Zusammenhang mit der bundesweiten Debatte um Ausrichtung und Koalitionsoptionen der SPD in einem veränderten Fünfparteiensystem. In einem gemeinsamen Papier gingen der Hannoveraner Oberbürgermeister *Stephan Weil* und der ehemalige niedersächsische Wissenschaftsminister und jetzige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion *Thomas Oppermann*, denen Ambitionen in der niedersächsischen Landespolitik nachgesagt werden, hart mit der Wahlkampfführung und ihrer zentralen Ausrichtung auf Gerechtigkeitsfragen

36 *Heiko Randermann*, *Wulff und Rösler besiegeln Vertrag*, in: *Neue Presse* vom 26. Februar 2008.

37 Vgl. *Landeszeitung* vom 12. April 2008.

<i>Tabelle 2: Die niedersächsische Landesregierung nach der Landtagswahl 2008</i>	
Ministerium / Funktion	Person
Ministerpräsident	<i>Christian Wulff</i> (CDU)
Inneres, Sport und Integration	<i>Uwe Schünemann</i> (CDU)
Finanzen	<i>Hartmut Möllring</i> (CDU)
Justiz	<i>Bernd Busemann</i> (CDU)
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	<i>Mechthild Ross-Luttmann</i> (CDU)
Wissenschaft und Kultur	<i>Lutz Stratmann</i> (CDU)
Kultusministerin	<i>Elisabeth Heister-Neumann</i> (CDU)
Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung	<i>Hans-Heinrich Ehlen</i> (CDU)
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (stellvertretender Ministerpräsident)	<i>Walter Hirche</i> (FDP)
Umwelt und Klimaschutz	<i>Hans-Heinrich Sander</i> (FDP)

ins Gericht. Sie präsentierten eine lange Liste von Mängeln in der niedersächsischen SPD, in der von Profillosigkeit, Führungsproblemen, einer bürokratischen Wahlkampforganisation, einer mangelnden wirtschaftspolitischen Perspektive, einem unverständlichen schulpolitischen Konzept und einem falschen Wahlslogan die Rede war, mit dem die SPD unerschwellig die Kampagne der Linken unterstützt habe. Auch der scheidende SPD-Landesgeschäftsführer *Frank Wilbelmy* räumte ein, dass das zentrale Wahlkampf motto als „schlechtes Gewissen der SPD“ interpretiert worden sei. Im Ergebnis dürften die partei-internen Auseinandersetzungen um vergangene Fehler und zukünftigen Kurs wohl dazu führen, dass die Frage nach dem Herausforderer des christdemokratischen Ministerpräsidenten bei der nächsten Landtagswahl im Interesse einer Reihe von potentiellen Bewerbern eher etwas länger offen bleiben wird.³⁸

Die Formierung der Grünen-Fraktion ging ohne öffentlich ausgetragenen internen Streit vonstatten. Die Fraktion wählte *Stefan Wenzel*, einen ihrer Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl, zu ihrem Vorsitzenden. Im Unterschied dazu hatte die neu im Landtag vertretene Partei „Die Linke“ nicht nur mit Unklarheiten in Bezug auf die Behandlung durch die bisherigen Landtagsfraktionen zu kämpfen, sondern auch mit den Folgen ihrer eigenen Bündnispolitik im Vorfeld der Wahl. So sah sie sich unter starkem öffentlichen Druck umgehend genötigt, eine auf ihrer Liste in das Parlament gewählte Abgeordnete aus der Fraktion auszuschließen, um größeren Schaden für die eigene Partei bei der bevorstehenden Wahl zur Bürgerschaft im Nachbarland Hamburg zu vermeiden. Die Abgeordnete *Christel Wegner*, die auf der Liste der Linkspartei in den Niedersächsischen Landtag gewählt worden war, aber immer noch der DKP angehört, hatte in einem Interview den Bau der Mauer und den Staatssicherheitsdienst der DDR gerechtfertigt und behauptet, dass man ein solches „Organ“ brauche, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichten wolle.³⁹ Sie gehört dem Landtag jetzt als fraktionslose Abgeordnete an.

38 *Robert von Lucius*, Mangelverwalter auf Zeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Januar 2008; *Klaus Wallbaum*, Machtkampf in Niedersachsen, in: Der Tagesspiegel vom 28. März 2008; *ders.*, SPD-Geschäftsführer nennt Parteiarbeit „absurd“, in: HAZ vom 29./30. März 2008.

39 *Oliver Das Gupta*, Abgeordnete fordert Stasi reloaded, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. Februar 2008.

5. Zusammenfassung

- (1) Die niedersächsische Landtagswahl 2008 blieb in Verlauf und Ergebnis hauptsächlich landespolitisch bestimmt. Sie erhielt ihre bundespolitische Bedeutung vor allem durch ihre sach- und personalpolitischen Verbindungen zum Wahlkampf und zum Resultat der am selben Tag stattfindenden hessischen Landtagswahl.
- (2) Mit der erfolgreichen Wiederwahl zum niedersächsischen Ministerpräsidenten und der zeitgleichen herben Niederlage von *Roland Koch* in Hessen wird *Christian Wulff* zum unumstrittenen Kronprinzen von *Angela Merkel* innerhalb der CDU.
- (3) Die Ausgangslage der Landtagswahl in Niedersachsen war durch eine klare Zuweisung der Favoritenrolle an den Ministerpräsidenten *Wulff* gekennzeichnet, dessen große Popularität während seiner ersten Amtszeit auch durch einige Skandale und Schwächen seiner Minister nicht ernsthaft gelitten hatte. Durch eine strategisch geschickt auf den Wahltag hin angelegte Politik der Verteilung von Belastungen und Vergünstigungen und eine ansteigende Konjunktur war es der Landesregierung möglich, gegen Ende ihrer Amtszeit auch in finanzieller Hinsicht größere Freigiebigkeit zu zeigen.
- (4) Den konfliktarmen Wahlkampf in Niedersachsen prägten ein starker, populärer Ministerpräsident und ein Herausforderer, der es nicht schaffte, den Amtsinhaber inhaltlich und in seinem präsidialen Habitus entscheidend zu attackieren. Eine Polarisierung vermied *Wulff* auch dadurch, dass er Angriffe der Opposition (zum Beispiel Mindestlohn, Schulpolitik) durch geänderte und abgeschwächte eigene Positionen neutralisierte.
- (5) Die unterschiedlichen Wahlkampfstrategien von *Koch* in Hessen und *Wulff* in Niedersachsen galten auch als Testläufe unterschiedlicher Optionen einer Unions-Wahlkampfführung im Bundestagswahlkampf 2009. Nach den erzielten Ergebnissen kann eine Polarisierungsstrategie nach dem Muster von *Koch* als gescheitert gelten, während die Mitte-Strategie *Wulffs* auch für Kanzlerin *Merkel* zur strategischen Option erster Wahl wird.
- (6) Die CDU bleibt trotz erheblicher Verluste (-5,8 Prozent) stärkste Kraft in Niedersachsen (42,5 Prozent) und kann ihre Regierungskoalition mit der FDP (8,2 Prozent) fortsetzen, die zwar ebenfalls Stimmen verliert, aber ihre Position als dritte Kraft behauptet. Die SPD büßt gegenüber der schlechten Landtagswahl 2003 noch einmal ein (-3,1 Prozent) und bekommt nur noch 30,3 Prozent der Stimmen. Das ist ein neuer historischer Tiefstand. Die Grünen gewinnen trotz Stimmenverlusten leicht dazu (+0,4) und erreichen 8,0 Prozent.
- (7) Die Linkspartei ist mit einem Ergebnis von 7,1 Prozent der „eigentliche“ Gewinner dieser Wahl. Sie kann als einzige Partei erhebliche prozentuale Zuwächse (+6,6) sowie gestiegene absolute Stimmenzahlen (+221.801) verzeichnen. Die Linkspartei zieht damit (wie auch in Hessen) erstmals in einem westlichen Flächenstaat in den Landtag ein und tut einen weiteren Schritt zur Etablierung in einem gesamtdeutschen Fünf-Parteien-System.
- (8) Die Wahlbeteiligung ist mit 57 Prozent die schwächste, die je bei einer niedersächsischen Landtagswahl seit dem Zweiten Weltkrieg gemessen wurde. Vor allem die Mobilisierungsschwäche von SPD und CDU führte dazu, dass noch einmal zehn Prozent weniger Niedersachsen als 2003 zur Wahl gingen.
- (9) In der Regierungsbildung setzt der wiedergewählte Ministerpräsident *Wulff* inhaltlich und personell auf Kontinuität: Das Regierungsprogramm stellt im Wesentlichen eine

Fortschreibung der bisherigen Landespolitik dar, die Regierungsmannschaft der schwarz-gelben Koalition bleibt personell unverändert. Lediglich zwei Minister mussten ihre Ressorts tauschen. Nach seinem Sieg im parteiinternen Wettkampf mit dem hessischen Ministerpräsidenten *Koch* stellte *Wulff* bald nach der Landtagswahl durch seinen Rückzug vom Landesvorsitz der niedersächsischen CDU die Weichen für ein verstärktes Engagement in der Bundespolitik.

- (10) Die Opposition im Niedersächsischen Landtag besteht nach dem Einzug der Partei „Die Linke“ nun aus drei Fraktionen, deren zukünftige Ausrichtung und mögliche Koalitionsbildung untereinander im Hinblick auf die nächsten Landtagswahlen noch ungeklärt sind. Vor allem die SPD steht vor der Frage, wie sie sich richtungspolitisch orientieren und personalpolitisch aufstellen will.

Die Wähler der Linkspartei in ihren Hochburgen: eine empirische Analyse zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 in Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven

Manuela Kulick und Holger Onken

Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 erreichte die Linkspartei 7,1 Prozent der Stimmen und überwand damit für viele überraschend deutlich die Fünfprozenthürde. Nach ihrem Einzug in mittlerweile vier Parlamente westdeutscher Bundesländer findet die öffentliche Diskussion vor allem im Hinblick auf eine gewandelte Parteienlandschaft und die daraus folgenden veränderten Koalitionsoptionen statt. Die Ursachen des Wahlerfolges der Linkspartei werden dagegen vergleichsweise wenig untersucht.

Neue Parteien steigen häufig auf, weil Bürger mit der Umsetzung veränderter sozioökonomischer Bedingungen in politische Entscheidungen unzufrieden sind¹. Sie werden demnach von einer Protesthaltung gegenüber der bestehenden politischen Ordnung getragen. Damit sich eine neue Partei aber langfristig im Parteiensystem etablieren kann, bedarf es mehr²: Sie muss eine Programmatik entwickeln, die eine tief greifende gesellschaftliche Konfliktlinie (Cleavage) abbildet, und von bestimmten sozialen (Groß-)Gruppen als am ehesten geeignet angesehen werden, ihre Interessen zu vertreten. Die Lebensdauer einer neuen Partei hängt maßgeblich davon ab, ob sich auf dieser Grundlage eine verlässliche, langfristig mobilisierbare Wählerbasis für sie entwickelt oder ob es beim kurzfristigen Protestverhalten bleibt. Das gilt auch für die Linkspartei in den westdeutschen Bundesländern.

- 1 Vgl. *Hiltrud Naßmacher*, Auf- und Abstieg von Parteien, in: ZParl, 20. Jg. (1989), H. 3, S. 170.
- 2 Die Institutionalisierung von Parteien hängt des Weiteren von Bedingungen des politischen Systems und dem Verhalten politischer Eliten ab; vgl. *Ulrich Eith*, Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konfliktlinien und dem Handeln politischer Eliten, in: *ders. / Gerd Mielke* (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Wiesbaden 2001, S. 17 – 33.